

Abonnementspreis:
Mit der Sonntags-Beilage „Der Arbeiter“ dreimal wöchentlich in den Hauptstädten zu 10 Pf. pro Monat, in den übrigen Städten zu 12 Pf. pro Monat. Einmal jährlich 100 Pf. (10 Mk.).

Redaktion:
Zwingerstraße 22, part. 2. Stockwerk.
Telefon: Amt 1, Nr. 1709.

Verlagsamt:
Zwingerstraße 22, part. 2. Stockwerk.
Telefon: Amt 1, Nr. 1709.

Sächsische Arbeiter-Beitrag

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate:
Werben die 6 gefaltete Zeilen über einen Monat mit 10 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Kleinanzeigen 10 Pf. pro Zeile. In der Expedition abgehenden Briefe sind zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part. 2. Stockwerk.
Telefon: Amt 1, Nr. 1709.

Nr. 242. Dresden, Mittwoch den 18. Oktober 1899. 10. Jahrg.

Der sächsische Landtag unter dem Einfluß der Agrarier.

Es war mit Sicherheit vorauszuweisen, daß die diesjährigen Landtagswahlen abends eine Verstärkung der Reaktion, eine Schwächung der Konservativen — was gleichbedeutend ist — bringen würde. Das mußte ja das naturwörtliche Ergebnis der Dreiklassenwahlrecht sein. Diese Tatsache ist aber in Sachsen, so absonderlich auch hier den ersten Augenblick klingen mag, gegenwärtig keineswegs von großer Bedeutung, denn im sächsischen Landtage treibt schon seit Jahrzehnten die Reaktion in Gestalt der konservativen Fraktion ihr Unwesen. Seit langem hat die liberale Fraktion das absolute Übergewicht. Da kommt es dann nicht darauf an, ob die absolute Mehrheit ein halbes Dutzend Stimmen mehr oder weniger beträgt. Insofern ist auch durch das Dreiklassenwahlrecht an der Zusammensetzung des Landtages nichts geändert worden. Die Reaktion herrscht infolge des absoluten Übergewichts der Konservativen noch nach wie vor zum Schaden des Volkes und zum Nachteil des ganzen Landes.

Wenig bedeutungsvoller als die Stärkung der Reaktion ist die Verdrängung der Starken durch die Agrarier auf der agrarischen Seite. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Zentralorgan der Agrarier, konstatierte vor einigen Tagen mit Genugthuung, daß der Bund der Landwirte bei den diesjährigen sächsischen Landtagswahlen „einen ganz entscheidenden Erfolg zu verzeichnen hatte“. Eine Aufstellung, die wir in national-liberalen Blättern über die Zusammensetzung des neuen sächsischen Landtages finden, bestätigt diese Siegesnachricht in vollen Laufen. Danach wird sich die 2. sächsische Kammer nach Parteien und Berufen folgendermaßen zusammensetzen: Die 11 Abgeordnete zählende konservative Fraktion gliedert sich nach Berufen wie folgt: 27 Landwirte, 8 Juristen, 4 Bürgermeister, 4 Industrielle, 3 Kaufleute, 2 Techniker, 2 Handwerker und 1 Regierungsbeamter. In der national-liberalen Fraktion sind vertreten: 11 Industrielle, 8 Kaufleute, 2 Juristen, 1 Landwirt, 1 Handwerker, 1 Bürgermeister und ein Handelssekretär. Von den vier Fortschrittlichen ist einer Baumeister, einer Landwirt, einer Gemeindevorstand und einer Privatmann. Die vier sozialdemokratischen stellen 2 Handwerker, 1 Zigarrenfabrikanten und 1 Kaufmann.

Nach dieser Zusammenstellung haben die Agrarier die absolute Mehrheit in der konservativen Fraktion. Diese sind daher in der Lage, bestimmend auf die Fraktionsbeschlüsse wirken zu können. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß die konservative Fraktion über die absolute Mehrheit verfügt, um zu zeigen, was das agrarische Übergewicht in der konservativen Fraktion bedeutet. Letztere ist absolut ausschlaggebend; innerhalb derselben verfügt aber die agrarische Gruppe über die Mehrheit. Da die Konservativen aber eine Zerplitterung vermeiden müssen, wenn sie nicht selbst ihre jeztige Machtstellung untergraben wollen, ist die Folge davon, daß der Landtag im industriellen Sachsen von einer agrarischen Interessentlique beherrscht wird. Das agrarische Übergewicht in diesem Landtag ist aber nicht nur nach der Zahl, sondern weitmehr nach dem wirklichen Einfluß gewachsen. Die Verstärkung der agrarischen Gruppe erfolgte durch die Wahl der Hauptmacher in Bund der Landwirte. Die Rittergutsbesitzer Andra und die Richter Löpfer und Schlag sind eifrige Bündler und bekannt als Verächter einseitiger agrarischer Interessen.

Die Verstärkung des agrarischen Einflusses im sächsischen Landtag ist aber nicht nur deshalb bedenklich, weil die Agrarier gegenüber der Hauptstütze der Reaktion auf politischem Gebiete sind. Weit wichtiger noch ist, daß sie Feinde jeder Sozialentwicklung auf wirtschaftlichem, besonders aber auf industriellen Gebiete sind und sie sich, wie sich erst vor wenigen Wochen in Preußen gezeigt hat, staatlichen Unternehmungen zu Gunsten einer industriellen Entwicklung feindselig gegenüber stellen, wenn sie glauben, dadurch geschädigt zu werden. Bei dem jetzigen Stand der Dinge kann es auch in Sachsen nicht ausbleiben, daß die Unternehmungen, die rücksichtslos agrarischen Wirtschaftsverhältnisse zu verschaffen, sich feindselig mit den industriellen Interessen verhalten müssen. Ueber den Ausgang derartiger Differenzen kann man im unklaren sein, nachdem wir gesehen, wie die Dinge lagen und welchen Einfluß jetzt die agrarische Gruppe dank der Herrschaft der Konservativen hat. Die Folgen können für die sächsische Industrie und den Handel schwere Schädigungen sein. Bei Eisenbahnen und Kanalbauten kann das agrarische Übergewicht für die Industrie verhängnisvoll werden. Sind die Agrarier nicht schon seit Jahren kampfbereit bemüht, die Regierung zu beunruhigen, Eisenbahnen ihren Wünschen und Interessen gemäß zu verlegen. Jetzt wird die Regierung den agrarischen Wünschen weit mehr Rechnung tragen müssen, die Industrie aber wird den Schaden davon haben.

Die Entwicklung eines industriellen Landes, wie Sachsen ist, muß aber unter solchen Umständen schwer benachteiligt werden. Für Sachsen ist dieser Stand der Dinge in jeder Beziehung ein Unglück. Schon bisher sind die agrarischen Interessen nicht genügend berücksichtigt worden. Man denke nur an den Willkürkampf für landwirtschaftliche Genossenschaften aus der Staatskasse zu derselben Zeit, wo man den Arbeiter-Konsum-Verleuten mit der Landtagssteuer zu Leibe ging.

Die Agrarier in der II. Kammer machen auch gar keinen Hehl daraus, daß sie die Erhöhung der Beamtengehälter nicht billigen. Die Alterszulagen der Lehrer aber, die übrigens teilweise in Wasser geworden sind, begleiten sie mit nicht minder vornehmendem Vornehm über die Not der Landwirtschaft. Zu solch einseitiger Interessenpolitik die Herrten aber fähig sind,

Der Krieg in Südafrika.

Die Buren suchen die kurze Frist der militärischen Ueberlegenheit, die sie haben, so lange nicht die englischen Verstärkungen eingetroffen sind, offenbar nach Möglichkeit auszunutzen. Ihr Feldzugsplan scheint dahin zu gehen, zunächst diejenigen englischen Streitkräfte, die sich an der von der Kapkolonie nach Rhodesien verlaufenden Eisenbahnlinie angesammelt haben, ungeschädigt zu machen. Deshalb erfolgten die Angriffe auf Kimberley, der Diamantenstadt an der Grenze des Orange-Freistaats, und auf Mafeking, an der Transvaal-Grenze. Vorher war die die beiden Orte verbindende Eisenbahnlinie gesprengt und auch ein gepanzerter Zug genommen worden.

Wenn die Buren an diesen beiden Grenzorten entschieden vorgehen, so können sie einigermaßen auf baldigen Erfolg rechnen, da sie über eine noch verschiedenem Urteil tüchtige Artillerie verfügen. Haben sie sich durch Ueberwältigung jener Bahnpolizee gegen einen Rückenangriff gedeckt, dann können sie die im Westen verfügbar gewordenen Truppen (vor Mafeking allein stehen unter General Cronje 6000 Mann) südwärts nach Natal vorziehen, um dort mit verstärkten Truppen gegen die Engländer vorzugehen. Dort in dem Winkel der sich zwischen die beiden Freistaaten hineinschiebt, werden voraussichtlich dann die entscheidenden Kämpfe stattfinden. Bisher hat noch nirgends ein größeres Geschick stattgefunden; nur Klänkeleien hat's gegeben. Ueberer Feier werden sich an der Hand der von uns vor 8 Tagen veröffentlichten Karte über die Verteilung der nachstehend mitgeteilten Einzelvorgänge vergegenwärtigen können.

Die Kämpfe bei Mafeking.
Die Londoner „Central-News“ melden: Die letzten Nachrichten aus Mafeking über Kimberley, ehe der Draht durchgeschnitten wurde, lauteten: Die Stadt wird von den Buren un-aufhörlich mit Bomben beworfen. Es geht in der Kapstadt das Gerücht von der Kapitulation von Mafeking, doch ist nichts Zuverlässiges bekannt.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Kapstadt sind der Lokomotivführer des am Freitag bei Kraai Pan von den Buren abgefangenen Eisenbahnzuges, sowie ein Eingeborener mitgenommen, aber in Kraai Pan gefangen worden. Der kommandierende Lieutenant und die Insassen des Zuges, deren Anzahl nicht bekannt ist, wurden gefangen, wie man annimmt, sind sie nicht verwundet worden, mit Ausnahme des Viceanführers, der leichte Verwundungen erlitt. Der Lokomotivführer ist gleichfalls verletzt. Wie jetzt berichtet, ist bei dem Angriff auf den Eisenbahnzug bei Kraai Pan niemand getötet worden. Die Station Maribogo, südlich von Kraai Pan, ist von den Eisenbahn- und Telegraphenbeamten verlassen.

Die Kämpfe um Kimberley.
Nach einem in Kapstadt umlaufenden Gerücht hätte eine englische Truppe ein Korps der Buren aus Transvaal, welches verlagerte, sich mit den Buren am Modderriver zu vereinigen, aufgehalten, und es hätte ein ernstes Gefecht bei Spitsfontein, im Süden von Kimberley, stattgefunden. Eine Bestätigung dieser Gerüchte lag jedoch bis Sonntag 7 Uhr abends nicht vor.

Ein Londoner Blatt, die „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt: Kimberley wird von den Buren in Masse belagert. Details fehlen noch. Die Buren haben den Telegraphen durchgeschnitten, und Kimberley ist total isoliert. Die englischen Abteilungen bei der Modderbrücke und der Dransfontein sind stark. Die Buren besetzten den Bahnhof von Spitsfontein bei Kimberley und warfen Schanzen auf. Der Zweck ihres energischen Vorgehens ist der Wunsch, Rhodesien zu fangen. Sonnabend abend kamen in Kapstadt zwei Passagierzüge und ein Güterzug von Bryburg an, welche die letzten Nachrichten aus Kimberley brachten. Rhodesien ist danach angeblich guter Dinge. Viertausend Mann sind für die Verteidigung Kimberleys aufgebracht. Die Bevölkerung ist ruhig und zuversichtlich. Aushundert Buren aus dem Koloniegebiet, aus Griquatown und Betschuanaland sollen sich den Transvaalern angeschlossen haben.

Die englische Vorse macht mobil.

Eine große öffentliche Versammlung wurde am Montag nachmittag von dem Lordmayor in Guildhall einberufen, um der Regierung die Zustimmung der City zur süd-afrikanischen Politik kundzugeben. Die Mitglieder der Vorse begaben sich im Zuge unter Vorantragung englischer Fahnen und unter Abhängung der Fieder „Rosa Britannia“ und „God save the Queen“ nach der Guildhall. Ein Beschlus Antrag wurde angenommen, in welchem dem Vordnem über den Krieg Ausdruck gegeben, aber der Regierung kräftige Unterstützung angeboten wird in dem Bestreben, gleiche Rechte für alle weißen Rassen zu erlangen. Während der ganzen Versammlung herrschte großer Enthusiasmus.

Diese patriotische Begeisterung der Spekulationen in süd-afrikanischen Werten ist sehr erklärlich. Weit erhabender würde es uns aber dünken, wenn die edlen Vorsepatrioten hinter der englischen Flagge her nicht nur bis nach Guildhall, sondern bis nach Südafrika marschieren würden, um ihre eigene Haut zu Markte zu tragen.

Politische Uebersicht.
Zur Zuchthausvorlage.
Pofadowsky an der Arbeit. Der „Niederbich. Volks-tribüne“ sind einige amtliche Schriftstücke in die Hände gefallen, welche das eifrige Bestreben Pofadowskys zeigen, seinem berühmten Denkschrift-Anklotenschnap einen Anhang zu geben, der Zahlen bringt. Von den preussischen Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe ist zunächst ein Rundschreiben, datiert vom 19. August, ergangen, welches für eine Streikfrist eine Reihe von Anordnungen trifft, gegen die an und für sich nichts eingewendet werden könnte, wenn nur irgend eine Garantie für wirklich objektive Berichterstattung gegeben wäre, was aber natürlich nicht der Fall ist, wenn obere und untere Polizeibeamte das Material schaffen müssen. Doch der eigentliche Zweck dieser sogenannten Statistik erhellt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus dem Frageheft. Da lautet in Schema A die 13. Frage: „Inwiefern haben während des Streiks Arbeitswillige geschäftigt werden müssen? Inwiefern hat der Streik sonst zu polizeilichen Maßnahmen Anlaß gegeben?“

Und ebenso deutlich ist der 14. Punkt:
Bemerkungen (auch Mitteilung darüber, ob aus Anlaß des Streiks die Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen ist und weswegen, sowie über die nachweisbaren Verluste an Arbeitslohn aus Anlaß des Streiks).“

Dem Reichstage dürfte also die Aufgabe erwachsen, auch noch „zahlenmäßige Nachweise“ des Herrn v. Pofadowsky zu zerpfücken. Es wird ein nettes Material werden, was durch diese neue Umfrage herbeigebracht wird.

Die Pofadowsky-Patronen fabriziert werden. Großer Jubel herrschte dieser Tage in der gesamten bürgerlichen Presse. Denn das, worauf man seit Monaten, seit Jahren, vergeblich gewartet hatte — endlich war es eingetroffen. Arbeiter, leibhaftige Arbeiter, protestierten gegen den „Terrorismus der Streikheuer“ und treten damit indirekt ein für das Ausnahmegesetz.

Aus Krefeld wurde nämlich unterm 10. Oktober telegraphiert: Sämtliche 416 heute arbeitenden Järber und Mädchen der beiden vom Auslande betroffenen Großfabriken richteten eine Eingabe an den Oberbürgermeister, worin sie wegen fortgesetzter Bedrohungen um polizeilichen Schutz und Aufhebung der Streikposten bitten.

Frohlockend verkündet die „Köln. Ztg.“: Es ist ein sehr bedeutender Vorgang, daß zahlreiche Arbeitswillige, die sich durch den Terrorismus der Ausständigen in ihrem einfachsten Menschenrecht bedroht fühlen, sich an die Behörden mit der Bitte um polizeilichen Schutz und um Aufhebung der Streikposten wenden. Die Auffassung, daß der tragende Grundgedanke der sogenannten Zuchthausvorlage durchaus berechtigt sei, erhält dadurch eine glänzende Bestätigung. Beweis muß es den Ausständigen un-